

Peer Steinbrück rechnet mit Euro-Austritten

☒ Egal ob Eurorettungspakete, Fiskalpakt, Rettungsschirmausweitungen oder diese Woche wieder Milliardenhilfen für spanische Banken: Peer Steinbrück, Ex-Finanzminister der SPD und immer noch mit der Aura des Experten ausgestatteter Bundestagsabgeordneter war mit seiner Ja-Stimme stets vorne mit dabei.

Nun meldet sich der immer noch als SPD-Kanzlerkandidat gehandelte 64jährige morgen in der „Bild am Sonntag“ zu Wort, um uns wissen zu lassen, dass er für die kommenden Jahre mit nicht nur einem Euro-Austritt rechnet. Zwar nennt er keine Ländernamen, aber auch ihm muss als studiertem Volkswirt klar sein, dass es sich dabei um Länder handeln wird, die inzwischen oder in Zukunft unter sogenannte „Eurorettungsschirme“ gekrochen sind.

Ist das nun verantwortungslos, zynisch oder einfach nur unsäglich dumm, was dieser Mann tut, während er denkt?! Klar muss jedem Menschen mit volkswirtschaftlichen Grundkenntnissen sein, dass diese Euro-Ausstiege mit jedem Jahr Verzögerung für uns Deutsche um mindestens zweistellige Milliardensummen teurer werden. Und dabei werden wir so oder so auch in den Jahren danach um zusätzliche Transfers nach den Euroausstiegen nicht herum kommen. Nicht nur die dann vom Verlust bedrohten sogenannten Target-2-Forderungen wachsen schließlich ins Unermessliche, sondern auch die „Wiederaufbauprogramme“ für Drachme, Lira und Real werden uns Unsummen kosten.

Wenn hier ein Herr Steinbrück schon nicht offen im ehrenvollen Lager der Rettungsschirm-Neinsager Platz genommen hat, sollte er auch im eigenen Interesse seine Prophezeiungen lieber für sich behalten! – Vermutlich erfüllt sein Verhalten wider besseres Wissen bereits den Tatbestand der Untreue des § 266

des STGB mit bis zu 10 Jahren Haftandrohung.

Fakt ist darüber hinaus: Wenn unsere Politiker bisher nicht einmal die als sicher verloren geltenden Haftungssummen in ihren Haushaltsaufstellungen berücksichtigen, betreiben sie das, was in der Privatwirtschaft als Bilanzfälschung nach § 331 des HGB mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden kann.

Es ist tragisch, dass in der Deutschland-GmbH die im Reichstagsgebäude herrschenden Geschäftsführer nicht wenigstens mit ihren Privatvermögen und üppigen Rentenanwartschaften für ihr verantwortungsloses Tun haftbar gemacht werden können.

Göttingen: Organhändler offenbar Muslim



Tut diese

Information etwas zur Sache? – Der mutmaßlich korrupte Göttinger Oberarzt, dem vorgeworfen wird, in mindestens 25 Fällen Transplantations-Patienten vorgezogen zu haben heißt

Aiman Obed und entstammt dem muslimischen Kulturkreis.

Übersteigt der Anteil der muslimischen Ärzte in Deutschland inzwischen die 90%-Schwelle, so dass diese Information keine statistische Relevanz hat? – Wenn nein, sollten sich die Verantwortlichen in unserem Lande einmal Gedanken darüber machen, wie sie mit dem Einzug des Orients ins „Deutsche Haus“ den Einzug von dessen Sitten und Gebräuchen verhindern wollen.

Ob das durch das jetzt eifrig diskutierte Vier-Augen-Prinzip oder eine B-Probe von Laborbefunden allein zu lösen ist, ist mehr als fraglich. Als sicher kann aber gelten, dass die Quoten-zwanghafte Bevorzugung von Einwanderern jeden denkbaren Lösungsansatz konterkarieren wird. Wer durch eine zu kurze Verweildauer bei uns das „Abklingbecken für korruptionsverseuchte Kulturen“ durch Sprachmängel und Verweilen im Herkunftskulturkreis erkennbar nicht verlassen hat, sollte bei der Einstellung als Polizist oder Oberarzt dafür ganz sicher eher noch benachteiligt, als bevorzugt werden. Wer aus einer Familie und Kultur stammt, die Korruption für normal oder weniger schlimm hält, ist nun einmal anfälliger dafür diese zum eigenen Nutzen zu praktizieren.

Besonders skandalös wäre es darüber hinaus, wenn es stimmt – wie teilweise im Netz (zum Beispiel bei Kybeline) berichtet wird – dass Herr Obed sogar reiche ausländische Patienten an einheimischen Wartelisten vorbeigeschleust hätte. Da wäre dann der Übergang vom „Betrüger und Geschäftsmann“ zum „Heiligen Krieger“ im weißen Kittel fließend.



Schulabschlüsse für Migranten „organisieren“

☒ SPD-Vorzeigetürkin Dilek Kolat wurde von der [Berliner Morgenpost](#) befragt, wie sie sich das mit der „Integration“ weiter vorstellt. Die Frau des Leiters der Türkenkolonie Deutschlands, [Kenan Kolat](#), ist nämlich Arbeitssenatorin von Berlin – und damit in erster Linie zuständig für „Integration“. Hier einige Highlights aus dem Interview:

Wenn ein hoher Anteil von ihnen die Schule ohne Abschluss verlässt, sind die sozialen Probleme für den Rest des Lebens vorprogrammiert.

Deswegen ist es unheimlich wichtig, dass die Jugendlichen mit Migrationshintergrund gute Schulabschlüsse haben. Das ist das A und O.

In der Schule wird es aber für alle schwieriger, wenn kaum Schülerinnen und Schüler in der Klasse sind, die die deutsche Sprache schon gelernt haben, ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Integration bedeutet für mich Teilhabe an Schulbildung, Ausbildung, am Erwerbsleben und an der Gesellschaft. Das muss organisiert und ermöglicht werden. Wenn man es dem Zufall überlässt – das haben wir viele Jahre lang gemacht –, ist das ein Fehler.

Diese Schulen brauchen gesondert Unterstützung, weil sie ja unter erschwerten Bedingungen arbeiten. Hier ist meine Kollegin, Bildungssenatorin Sandra Scheeres, bereits sehr aktiv. Aus integrationspolitischer Sicht ist es auf jeden Fall wünschenswert, wenn die Schulen attraktiver werden. Wir haben bereits die Schülerfrequenz in Klassen mit hohem Migrantanteil gesenkt und mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Das hat aber nicht zu besseren Bildungsergebnissen geführt.

Ich setze viele Hoffnungen in die integrierte Sekundarschule. Sie zielt ja genau darauf ab, Kindern, deren Eltern nicht aus dem Bildungsbürgertum stammen, zu besseren Bildungsabschlüssen zu verhelfen.

Es gibt Untersuchungen, die festgestellt haben, dass Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund bei der Ausbildungssuche tatsächlich diskriminiert werden, obwohl sie die gleichen Schulnoten hatten wie Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund.

Eine Möglichkeit sind anonymisierte Bewerbungsverfahren, die sich auch in der Privatwirtschaft immer mehr durchsetzen. Eine andere Möglichkeit ist, dass sich Unternehmen diesen Jugendlichen bewusst öffnen.

Dieser Kulturwandel ist in der Privatwirtschaft noch nicht ganz vollzogen.

Für den öffentlichen Dienst in Berlin haben wir das Modell „interkulturelle Öffnung“ entwickelt, das erfolgreich war und den Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund von 8,9 Prozent auf 17,5 Prozent erhöhen konnte. Das jetzt auf die Privatwirtschaft zu übertragen ist eine interessante Aufgabe für mich.

Das fängt damit an, dass wir diese Jugendlichen gezielt ansprechen und sie auf ihre künftige Ausbildung vorbereiten. Alleine schaffen sie es nicht.

Ein schreckliches Bundesland, in dem die Senatorin ihren aufopfernden Dienst tut! Nicht zu vergleichen mit den hervorragenden Bedingungen, die die Türkei jungen Menschen zukommen lässt – insbesondere den Mädchen. In der Türkei, die eine Vorreiterrolle in Sachen Bildung übernimmt, wird gerade das Schulsystem ~~islamkonform umgestaltet~~ [reformiert](#). Man kann daher türkischen Eltern in Berlin wärmstens empfehlen, ihren Nachwuchs nicht im rückständigen, bildungsfernen Berlin aufwachsen zu lassen. In der boomenden Wirtschaftsnation Türkei klappt es nach der Schule bestimmt auch ohne anonyme Bewerbung viel besser...

(Das Bild stammt vom Facebook-Account der Senatorin und zeigt sie mit einer Natter)

Anti-Abtreibungs-Krankenkasse knickt ein



Die in Deutschland unter den geburtenlahmen Einheimischen immer mehr um sich greifende „Kultur des Todes“ hat wieder einen wichtigen symbolischen Etappensieg erreicht. Die wirklich lobenswerte Krankenkasse BKK IHV hatte in Kooperation mit der Organisation ProLife ihren Mitgliedern bisher einen interessanten Tarif angeboten: Wer sich freiwillig die Abtreibung aus seinem Leistungskatalog

nehmen ließ wurde im Gegenzug bei der Geburt eines Kindes mit einem „Willkommensgeld“ in Höhe von 300€ belohnt.

Nun musste die Krankenkasse auf Druck des Bundesversicherungsamtes (BVA), das juristische Schritte androhte, diesen Tarif einstampfen und die Kooperation mit den Lebensschützern beenden. Der Hauptvorwurf der BVA an die BKK laute, gegen die weltanschauliche Neutralität zu verstoßen.

Eingeknickt ist man auch, weil man der negativen Presse „im Land des Todes“ aus dem Weg gehen wollte, die man durch angekündigte Proteste vor dem Verwaltungsgebäude der Betriebskrankenkasse in Wiesbaden fürchtete. Sogenannte Frauenrechtsorganisationen, darunter Pro Familia, Terre des Femmes und ein Aktionsbündnis „FRAUENgeRechte Krankenkasse“ hatten entsprechende Ankündigungen gemacht.

Immerhin will ProLife – ein Schweizer Verein – gegen den Schritt juristisch vorgehen. Traurig, dass jetzt Gelder dafür verwendet werden müssen, gegen den ehemaligen Partner zu klagen, statt gemeinsam gegen das Bundesversicherungsamt.

Deutschland schafft sich munter weiter ab... ..auf Staatskosten.

Kein Masterstudium Dschihad mehr?

☒ Viele Jahre stillte unser türkischstämmiger Mitbürger und Sohn eines Gemüsehändlers Muhamed Ciftçi den Bildungshunger unzähliger junger Männer. Doch nun wird angeblich die salafistische Fernuniversität zu Braunschweig geschlossen, bei der man den Master of Jihad erwerben konnte. Dazu das [Hamburger Abendblatt](#):

Schulleiter Muhamed Ciftci alias Abu Anas gelte als Vertreter des Islamismus. Bis zu 300 Muslime aus dem gesamten Bundesgebiet waren zuletzt als Studenten bei Ciftci eingeschrieben, der offenbar offen Hass predigt.

Offenbar waren fünf Studenten der Islamschule an den Salafisten-Krawallen vom Mai in Bonn beteiligt. Dazu soll auch ein 25-Jähriger gehören, der zwei Polizisten mit Messerstichen verletzt hatte. „Es waren einige dabei, die Kontakte zu der Braunschweiger Schule hatten“, so der Verfassungsschutz.

Natürlich musste zwecks Verbot alles seinen bürokratischen Weg gehen, berichtet das [Hamburger Abendblatt](#) an anderer Stelle:

Wegen radikalislamischer Tendenzen darf die Islamschule Braunschweig ab sofort kein Fernstudium mehr anbieten. Die zuständige Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) in Köln habe einen entsprechenden Antrag der Schule verweigert, hatte die Tageszeitung „Die Welt“ gemeldet. „Wegen der salafistischen Ausrichtung ist die Zulassung zu versagen, weil diese Inhalte gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen“, sagte ZFU-Leiter Heiner Simons am Mittwoch der Deutschen Presse-Agentur. (...) Die Schulleitung sei auch aufgefordert worden, ihre Internetseite zu schließen, hatte die „Welt“ gemeldet.

Und so sieht eine „geschlossene Internetseite“ aus – aktuelle Screenshots:



Auch ohne Matrikelnummer das erste Lehrgangsvideo ansehen!



Menüpunkt Anmeldung:



Anmeldung jederzeit möglich!



Bei [T-Online Nachrichten](#) heißt es:

Der angebotene Kurs weise „fachliche und didaktische Mängel“ auf und verstoße mit seinen Inhalten wie etwa der Beschneidung von Frauenrechten gegen die geltende Rechtsordnung.

Kann der Bundestag da nichts machen?

Der Islamschule bleibe seit Ende vergangener Woche eine Frist von 14 Tagen, das Angebot aus dem Netz zu entfernen, sagte Simons weiter.

Also noch schnell anmelden bis zum 1. August!

Die ZFU habe allerdings keine Einfluss darauf, ob die Videos an anderer Stelle im Internet erneut auftauchten. „Es geht nur um den kostenpflichtigen Lehrgang“, sagte er.

Damit dürfte auf jeden Fall klar sein, dass das 1.400 Jahre alte, wertvolle Wissen nicht verloren geht. Unser Land schützt alle uralten religiösen Traditionen. [Notfalls per Gesetz](#). Es muss nur sicher gestellt werden, dass die Lehrgänge in Zukunft nicht kostenpflichtig sind. Es werden sich doch wohl hoffentlich Gönner finden lassen, die eine Stiftung für die Vergabe von Stipendien einrichten?

Nachrichten, über die sich kein Mensch wundert

☒ In Solingen sind weiterhin Salafisten aktiv. Es macht aber kein Salafist Sozialstunden, um zu lernen, wie man sich in Deutschland benimmt. Sie verteilen Propaganda. Mehr braucht man eigentlich gar nicht zu schreiben, weil das alles schon vorher klar war. Oder dachte jemand, Salafisten lösen sich in Luft auf, wenn man ihren Verein [verbietet](#)? Was machen die bunten Solinger Gutmenschen jetzt? Im Solinger Tageblatt kann man nachlesen, wie sie sich im Februar 2012 zu einem „Bündnis Bunt statt Braun“ [organisierten](#):

(...) Beeindruckend viele Mitglieder der Vereine und Gemeinden werden bei der Demonstration anwesend sein, die sich dem Bündnis angeschlossen haben. Da macht es wenig, dass nicht alle wissen, was Salafisten sind. Aber was Extremismus ist, wissen hier alle ganz genau. Einige wollen es erst dabei belassen, gegen Republikaner zu demonstrieren. „Und die Salafisten?“, fragen die anderen. Jene radikal-islamistische Gruppierung, die sich einen ultrakonservativen Gottesstaat bauen will, in dem die Scharia herrscht? (...)

Es waren junge Solinger Salafisten, die Bombenbauanleitungen dabei hatten, als sie an der britischen Grenze verhaftet wurden. Ungeheuerlich, so finden sie hier, ist, dass sich gerade die Republikaner perfide zum Ziel setzen, gegen Salafisten aufzuklären. Enver Perviz vom Jugendstadtrat meint: „Die Reps wollen den Tag nutzen, das politische Klima nach rechts zu rücken.“ Und Hans-Werner Bertl, ehemals für die SPD im Deutschen Bundestag, formuliert es so: „Wir werden erleben, dass die Menschen schnell darauf reinfallen, wenn Falsche Richtiges sagen.“ Republikaner, die zu urdeutschen Gutmenschen werden, in dem sie gegen Salafismus aufrufen. „Dabei sind Salafisten wie Republikaner zwei rechte Bewegungen“, gibt Grünen-Ratsmitglied Frank Knoche zu

bedenken. (...)

Ein [Video](#) des Solinger Tagesblatts zeigt den bunten Haufen in Aktion. Zur Rückkehr des bekannten Terrorhelfers Robert Baum ([am 23. März 2012](#)) veranstalteten die Bunten ein Willkommensfest ([am 24. März 2012](#))! Nachdem sie nun alle Anti-Salafisten-Demonstranten verprellt haben, ist keiner mehr da, der gegen die immer noch aktiven Salafisten protestiert.

Und so sieht es im bunten Solingen heute aus – [Solinger Tageblatt](#):

Auch wenn der Solinger Moscheeverein „Millatu Ibrahim“ seit Anfang Juni vom Bundesinnenminister verboten ist: Ruhiger ist es um die Salafisten-Szene und ihre Hassprediger allenfalls nur auf den ersten Blick geworden. Zwar besteht der Moscheeverein offiziell nicht mehr, und es existiert damit auch der Treffpunkt im Hinterhof an der Konrad-Adenauer-Straße nicht mehr. Doch scheint das eingetreten zu sein, was viele befürchtet haben: Das Verbot hat die Salafisten um den Millatu-Ibrahim-Verein in den Untergrund abgedrängt. In Solingen treffen sie sich inzwischen ausschließlich in Privatwohnungen – und sie sind weiterhin aktiv.

Solange sich aber das „Bündnis Bunt statt Braun“ weiterhin zum Luftballon-Aufpumpen trifft, ist Solingen in Sicherheit!

So berichten Anwohner der Schellingstraße in Wald, dass dort Bewohner offen bekunden, der Salafistenszene anzugehören. Erst am vergangenen Wochenende seien erneut schwarze Fahnen aus Fenstern des Mehrfamilienhauses gehängt worden.

Hauptsache, man sieht neben Al-Qaida-Beflaggung auch genügend Luftballons in den Straßen.



Auch fanden Anwohner der Schellingstraße, in der Fuhr und am Hegelring in den letzten Tagen mehrfach Propagandazettel des Vereins „Die wahre Religion“ in ihren Briefkästen. (...)

Sieh an, ein nicht verbotener Salafistenverein übernimmt sofort das Revier von Millatu Ibrahim. Nun sollte „Bunt statt Braun“ kontern und der Bevölkerung bunte Flyer für mehr Toleranz in die Briefkästen stecken!

Die Freitagsgebete der Solinger Salafisten finden nach ST-Informationen nunmehr meist in Räumen von Moscheen in umliegenden Städten statt: in Düsseldorf, Kaarst, Wegberg, Wuppertal und Essen.

Hoffentlich gibt es dort auch überall ein „Bündnis Bunt statt Braun“! Möglicherweise würden Bürger sonst anfangen, gegen die Salafisten zu demonstrieren. Womöglich sogar vor deren Moscheen!

Und sie reisen derzeit viel: Am vergangenen Wochenende sind einige mit Privatwagen nach Berlin und Bonn gefahren, um dort an Seminaren teilzunehmen.

Es gibt im gesamten Bundesgebiet keine zweite Gruppe Menschen, die so bildungshungrig wie die Salafisten ist und an so vielen Seminaren teilnimmt. Es erstaunt immer wieder, dass sie trotz ihrer Bildungswut große Probleme am Arbeitsmarkt haben und auf Hartz IV angewiesen sind. Und das, obwohl ausgewiesene [Computer-Fachkräfte](#) unter den Salafisten sind! Man müsste die Arbeitgeber stärker für dieses Problem sensibilisieren. Und die Vermieter gleich dazu:

Nach ST-Informationen suchen derzeit Mitglieder des verbotenen Moschee-Vereins in Wald eine „größere“ Wohnung, um dort eine Wohngemeinschaft zu bilden. Darunter befinden sich auch Christian E. (29) und Robert B. (26). Beide waren vor einem Jahr bei der Einreise nach England unter Terrorverdacht

festgenommen und im Frühjahr in London zu Haftstrafen verurteilt worden. (...)

Wir hätten da ein [paar Adressen](#)! Schließlich ist die Moschee ja von mehreren polizeilichen Durchsuchungen [verwüstet](#) worden (die Polizei zog nicht die Schuhe aus und hatte Hunde dabei!). Die unter [Bewährungsaufgaben](#) stehende „Dschihad-Ikone“ Filiz Gelowicz (Kampfname Umm Sayfillah Al-Ansariyya) hat schließlich auch [eine Wohnung in Solingen](#) bekommen. Auf der Konrad-Adenauer-Straße vermietet ein bunter Bürger an schwarzverschleierte Terrorbräute. Also liebe Gutmenschen von Solingen, ziert euch nicht so – gebt Obdach!

Abu Usama al-Gharib, der Kopf des salafistischen Vereins „Millatu Ibrahim“ und ehemalige Prediger der Moschee, soll sich laut Sicherheitskreisen inzwischen ebenfalls nach Ägypten abgesetzt haben. Aber jüngst tauchte er in einem Internet-Blog auf und bezeichnete Verfassungsschützer, Polizisten, Politiker und Journalisten als „minderwertige Geschöpfe“, die bekämpft werden müssten.

Hauptsache das „Bündnis Bunt statt Braun“ steht nicht in der Kritik der Salafisten...

Links:

- » Das eitle „Bündnis Bunt statt Braun“ hat fleißig [Presseartikel](#) über sich selbst gesammelt und kann auf eine außerordentlich lange [Gutmenschenliste](#) verweisen.
 - » Jörg Uckermann über die [Pro NRW Demo in Solingen](#), bei der die Salafisten ausrasteten
-

London: Muslim-Angriff auf Olympische Fackel



Wieder eine dieser Nachrichten, die die Systempresse gerne verschweigt, weil sie ein realistisches Bild vom Zusammenleben der Kulturen auf engstem Raum beschreibt: Gestern morgen um 9:55 Uhr kam es beim Staffellauf mit der Olympischen Fackel durch London zum Angriff durch einen muslimischen Jugendlichen.

Vermutlich wollte der junge „Allah ist groß“-Rufer die Flamme löschen. Schließlich dürfte es für einen verirrten jungen Menschen in Londonistan kein Problem sein, einen Iman aufzutreiben, der nicht nur den Frauensport für westliches Teufelszeug hält.

Zwar gelang es dem 17jährigen aus dem bereicherten Gravesend bei London die Polizeiabspernung zu durchbrechen und Frau Skora, die kurz davor stand, die Fackel weiter zu geben, anzuspringen. Diese konnte die Fackel aber geistesgegenwärtig festhalten, während der „heilige Krieger“ von begleitenden Fackelwärtern überwältigt wurde. Der Jugendliche befindet sich seither in Polizeigewahrsam.

Man stelle sich vor, Olympia 2084 in Londonistan: Die Olympische Fackel wird von einer US-amerikanischen Panzerdivision ins Stadion gefahren. Oder wird sich England bis dahin – aus Respekt vor den Kulturen – etwa gar nicht mehr um Olympische Spiele bewerben?



Saudi-Arabien zwingt Christen zum Ramadan



Deutschland passt sich seinen „Gästen“ an. Egal ob Beschneidung, sonder-schulfrei an muslimischen Feiertagen, Islamunterricht oder Rechtsprechung: Die mit dem Dünkel des „Herrenmenschen“ behafteten Muslime können bei uns auf maximales Entgegenkommen rechnen. Ganz anders sieht es im aktuellen Fastenmonat Ramadan bei unseren „Verbündeten“ in Saudi-Arabien aus.

In dem Scharia-Land müssen sich auch Christen an die Ramadan-Spielregeln halten, die da unter anderem sind: Kein Essen,

Trinken oder Rauchen an öffentlichen Orten oder am Arbeitsplatz. Wer sich nicht an den Erlass des Innenministeriums hält, der muss mit Kündigung seines Arbeitsverhältnisses rechnen (Hartz4 für Ausländer gibt es dort bekanntlich nicht) und fliegt – so zumindest die Androhung – mit dem nächsten Flugzeug raus!

Die Ausländer in Saudi-Arabien werden übrigens praktischerweise gleich per Aushang in den Firmen über diese Richtlinie informiert. Schließlich ist bekannt, dass es die acht Millionen Gastarbeiter in Saudi-Arabien sind, die das Gros der Arbeit dort verrichten, während zumindest die Masse der Einheimischen es sich im Geldregen der Petrodollars gut gehen läßt. Wer weiß, wie schwer es weltweit ist, einen guten Klempner oder Elektriker zu bekommen, will doch nicht ohne Not durch Leichtfertigkeit vor allem die oft gut ausgebildeten Christen verlieren.

Übrigens: Man vergisst es immer so schnell. In der saudischen Millionenstadt Mekka gelten diese Regeln natürlich nicht. In dieser heiligen Stadt der Muslime haben Christen bekanntlich praktischerweise gleich vom Start weg Hausverbot. Sollten wir gar von den Saudis etwas lernen können?

Gaza: Entführungen und Zwangskonversion



Der Gazastreifen ist der Inbegriff des fundamentalen Islam. Dazu braucht man nur einen Blick in die „[Charta](#)“ der dort regierenden Hamas zu werfen, die ein Ableger der ägyptischen Muslimbrüder ist. Außerdem treiben dort Salafisten ihr Unwesen. Für Christen zählt Gaza zum „Heiligen Land“, aber unter der Scharia geht es alles andere als heilig zu für die 2.000 orthodoxen, 300 römisch-katholischen und etwa 150 evangelikalen Christen. Es gab in der Vergangenheit Anschläge auf einen Bibelladen und ein Kloster. Seit geraumer Zeit mehren sich auch die Fälle von Entführungen und Zwangskonversionen (*Foto: Protest der orthodoxen Gemeinde*).

Die Masche läuft so ab, dass Menschen entführt und nur gegen Konversion zum Islam freigelassen werden. Oder man lockt arbeitslose Familienväter mit Jobs, indem man ihnen Arbeit gegen Konversion anbietet. In Gaza herrscht hohe Arbeitslosigkeit und nicht jeder findet Arbeit bei caritativen Organisationen. Für die Familienmitglieder, die noch nicht volljährig sind, hat im Islam der Vater das alleinige Sorgerecht und folglich zwingt die Hamas die minderjährigen, getauften Kinder zur Konversion. Daran sind schon einige christliche Familien im Gazastreifen zerbrochen. [Kath.net](#) berichtet über einen aktuellen Entführungs-Fall in der orthodoxen Gemeinde von Gaza:

Dutzende Christen im Gazastreifen haben am Montag gegen erzwungene Konversionen durch Muslime demonstriert. Dies berichtet „Israelnetz.com“. Auslöser war offenbar die

Entführung dreier Christen. Die Kundgebung fand vor der Orthodoxen Kirche von Gaza statt. Der griechisch-orthodoxe Erzbischof Alexios teilte laut der palästinensischen Nachrichtenagentur „Ma’an“ mit, ein junger Mann namens Ramiz al-Amasch sei am Samstag von einer islamistischen Gruppe entführt worden. Zuvor habe diese versucht, ihn zu zwingen, vom Christentum zum Islam überzutreten. Auch zwei Mädchen würden gegen ihren Willen festgehalten.

Die Familie des Christen habe Anzeige bei der Polizei erstattet, allerdings habe diese bislang nichts unternommen, so der Geistliche weiter. Er fügte hinzu: „Es gibt einige Gruppen, die versuchen, junge Christen davon zu überzeugen, zum Islam zu konvertieren. Sie entführen sie von ihren Eltern und Familien. Sie bedrohen sie.“ Er forderte die Behörden auf, einzugreifen und Entführungen zu stoppen. Der Erzbischof betonte, in den vergangenen Jahren habe es ein gutes Verhältnis zwischen Muslimen und Christen gegeben.

Ajman Batnidschi, ein Sprecher der Hamas -Regierung, teilte unterdessen laut „Ma’an“ mit, es habe keine Entführungen im Gazastreifen gegeben. Die Polizei in dem Gebiet habe den höchsten Respekt vor Christen. (...)

Auch die [taz](#) hat über den Fall berichtet. Von dort stammt das Foto oben. Die taz zitiert Erzbischof Alexios:

„Sie schaffen sie weg von ihrer Familie und ihren Angehörigen und bedrohen sie“, sagte Alexios. Im Falle von Ramiz al-Amash seien die schwer bewaffneten Kidnapper mit dem Entführten in drei Jeeps vor dem Krankenhaus aufgetaucht und hätten Ramiz erlaubt, kurz seine kranke Mutter zu besuchen.

Spürnase Henry the 9th hat einen [Link](#) zu einem nicht online erhältlichen Artikel der [FAZ](#) geschickt, wo es unter anderem heißt:



Ob die drei Christen „freiwillig“ bei dieser „Menschenrechtsorganisation“ und an einem „sicheren Ort“ untergebracht sind, darf man nach Lage der Dinge bezweifeln.

Wichtig ist, dass die Christen in Gaza von außen gestärkt werden, um die Abhängigkeit von der Hamas zu reduzieren. Es gibt keine Möglichkeit, Christen in Gaza direkt zu unterstützen, da deutsche Banken kein Geld nach Gaza überweisen dürfen. Trotzdem haben wir drei erprobte Wege gefunden, wie Spenden dort sicher und gezielt bei Christen ankommen und würden uns freuen, wenn PI-Leser ihre Solidarität zeigen:



Das Bild oben zeigt die einzige römisch-katholische Gemeinde in Gaza. Sie wird von Pater Musallam geleitet und gehört zum Lateinischen Patriarchat von Jerusalem. Ihr gehören 300 Christen an. Das anerkannte Hilfswerk „Kirche in Not“ kann Spenden an das Patriarchat in Jerusalem weiterleiten, von wo aus sie sicher nach Gaza gebracht werden. Zum Spenden bitte auf das Kirchen-Bild klicken. Als Verwendung bitte links „Existenzsicherung“ anklicken und rechts daneben „Kirchengemeinde Gaza“ oder „christliche Familien Gaza“ eintragen.



Die Missionarinnen der Barmherzigkeit vom Orden der Mutter Teresa haben ein Kloster in Gaza. Sie arbeiten zum Beispiel im Heim für behinderte Kinder, das die katholische Gemeinde betreibt. Wer die Ordensfrauen bei ihrer Arbeit unterstützen möchte, kann einen Brief mit einer Spende an Missionaries of Charity schicken: 37 Jabsheh Street P.O.B. 556 Israel-91004 Jerusalem. Bitte legen Sie ein Schreiben mit dem Stichwort: „For Latin Convent Gaza“ oder „For a christian family in Gaza“ bei. Das Versenden von Spenden ist zwar ungewöhnlich, aber bis

jetzt gab es keine Probleme.



Der Franziskaner-Orden ist überall im Heiligen Land aktiv und hat zwei Projekte in Gaza, die man im online-Spendenformular anklicken kann: „Gazastreifen – Hilfe für die Christen“ und „Gaza Notfall“. Zum Spendenportal der Franziskaner bitte das Bild mit dem christlichen Nachwuchs von Gaza anklicken.

Links:

- » [Open Doors](#) – Gazastreifen: [Angst vor Kirchengang](#)
- » [Charta der Hamas](#)